

GASTKOMMENTAR

Schweiz muss sich besser vor Terror schützen

► MARTIN CANDINAS zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT).

Die Coronakrise dominiert die Schweizer Politik und wird dies wohl noch ein paar Monate tun. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen werden uns wohl noch Jahre beschäftigen. Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass andere aktuell wenig diskutierte Gefahren für unser Land und seine Bevölkerung deswegen nicht kleiner werden. Eine davon ist der islamistisch motivierte Terrorismus. Die Attentate von Wien, Paris, Berlin und Brüssel haben gezeigt, welch extremes Gewaltpotenzial Terroristen aufweisen. Leider macht der Terrorismus auch vor der Schweiz nicht mehr halt. Im vergangenen Jahr ist auch die Schweiz Opfer von zwei islamistisch motivierten Gewalttaten in Morges und Lugano geworden.

Die Gefahr des Terrorismus für die Schweiz ist aus Sicht des Nachrichtendienstes des Bundes latent vorhanden. Ehemalige Kämpfer des «Islamischen Staates», einige auch mit Schweizer Pass, befinden sich in unserem Land oder sind hier untergetaucht. Diese Schwerekriminalen sind es gewohnt, extreme Gewalttaten zu verüben. Sie interessieren sich weder für Menschenrechte noch für unsere Neutralität oder für die Demokratie und den Rechtsstaat. Die Folgen der Coronakrise und zahlreiche ungelöste Konflikte im Nahen Osten werden zudem den Migrationsdruck aus dieser Region absehbar verstärken.

Das Ziel unseres Staates muss sein, dass wir uns zu jeder Zeit und überall sicher bewegen dürfen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verdienen es, dass die Polizeiorgane dies auch weiterhin sicherstellen können. Dies ist auch einer der zentralen Standortvorteile der Schweiz und einer der Gründe, warum so viele internationale Firmensitze in der Schweiz angesiedelt sind. Die Sicherheit ist eines der kostbarsten Güter, die wir in unserem Land haben. Dies muss so bleiben.

Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien im National- und Ständerat haben deswegen zusätzliche polizeiliche Massnahmen zur Terrorbekämpfung beschlossen. Die Schweizer Polizei soll weitere wirksame präventive Mittel erhalten, um rechtzeitig gegen mögliche Terroristen vorgehen zu können. Mögliche Terroristen sollen künftig zu einem Kontaktverbot und/oder einer Meldepflicht und Ausreiseverbot verpflichtet werden können. Sollten auch diese Massnahmen nicht ausreichen, kann als schwerste präventive Massnahme künftig ein Rayonverbot oder ein Hausarrest verfügt werden. Sämtliche Massnahmen sind temporär befristet und können natürlich vor Gericht bestritten werden. Der Hausarrest muss zudem vom Zwangsmassnahmengericht genehmigt werden. Bei ausländischen Staatsbürgern kann zudem eine Ausschaffung angeordnet werden. Gegen diese Massnahmen wurde das Referendum ergriffen.

Die Mitte spricht sich klar für diese neuen Instrumente für mehr Sicherheit aus. Die zusätzlichen polizeilichen Massnahmen betreffen eine sehr kleine, aber dafür umso gefährlichere Bevölkerungsgruppe. Sie sind in der heutigen Zeit dringend nötig. Auch stehen sie im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und sind verhältnismässig. Wenn die Referendumsbefürworter behaupten, die Polizei erhalte damit ein Instrument, Andersdenkende willkürlich wegzusperren, ist dies schlichtweg falsch. Die Auflagen für die Anwendung dieser Mittel sind sehr hoch und der Rechtsweg in keiner Art und Weise eingeschränkt.

Die Vergangenheit hat aufgezeigt, dass unsere Behörden, insbesondere auch die Bundespolizei, sehr massvoll und sorgfältig mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen. Es gibt keinen Grund, unseren Polizeibehörden nicht zu vertrauen. Wir können von den Polizeibehörden nicht Sicherheit erwarten, ohne ihnen die dringend benötigten Mittel zu geben, um unsere Sicherheit im Alltag zu gewährleisten.

Deshalb bitte ich Sie, am 13. Juni ein deutliches Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) in die Urne zu legen!



MARTIN CANDINAS ist CVP-Nationalrat. Er wohnt in Chur und Rabius.

KOMMENTAR Hansmartin Schmid über die Politik zu Zeiten der Pandemie

Corona verändert die politische Landschaft kaum

N

Neben einigen Urnengängen in Südeuropa waren die Wahlen in den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die ersten, die in einem vollindustrialisierten Land zu Zeiten der Corona-Pandemie über die Bühne gingen. Deshalb war männiglich gespannt, wie sich Corona und all diese Massnahmen dagegen auf das Wahlverhalten auswirken würden. Die Antwort ist jetzt angesichts des Resultats bald einmal gegeben: gar nicht oder kaum!

Einzig der altehrwürdigen FDP in Baden-Württemberg ist es in ihrem Stammland gelungen, ihren Wähleranteil fast zu verdoppeln und erstmals wieder seit langer Zeit mit 10,5 einen zweistelligen Prozentanteil zu erlangen. Dahinter steckt höchstwahrscheinlich, dass es die FDP mit einem klaren wirtschaftspolitisch detaillierten Oppositionskurs gegen zahlreiche behördliche Massnahmen gegen Corona erreicht hat, all die Gastwirte und Gäste, Hoteliers und Hotelangestellte, Detailhändler, Gärtnerei-Besitzer, Pferde- und Viehhändler und Garagisten hinter ihren Fahnen zu sammeln und an die Urne zu bringen, die schwer unter den Corona-Massnahmen zu leiden haben. Mit den gleichen Rezepten – aber mit weniger grossem Erfolg – hat die FDP in Rheinland-Pfalz immerhin ihre Zahlen stabilisiert und ihre Vertretung im Landtag gesichert.

Noch grössere Fortschritte hätte man unter diesen Umständen vom



Diktatoriale Allüren? Bundesrat Alain Berset spricht während der Frühlings-session der eidgenössischen Räte. (FOTO KEYSTONE/ANTHONY ANEX)

Rechtsausleger Alternative für Deutschland (AfD) erwarten können, der im Parlament und auf den Strassen fast jede dieser Massnahmen bekämpft. Aber nichts da, selbst in diesen wilden Tagen befindet sich die AfD im Westen Deutschlands eindeutig im Krebsgang. Strassendemos sind eben noch lange keine Wahlen. Erstens einmal sind die wilden Haufen von Masken- und Impfverweigerern, Neo- und Altnazis, Schulmedizin- und Pharmaskeptikern, Sektierern und Anthroposophen, Weltverbesserern, Friedensaposteln und Grossmachtgegnern, die sich da Samstag für Samstag Fahnen und Plakate schwingend durch die deutschen Städte wälzen – vielfach keine Aktivwähler, sondern eben auch Politikverweigerer, die nicht wählen. Und zweitens ist die Opposition derart widersprüchlich, gegenläufig und heterogen zusammengewür-

felt, dass nicht einmal die AfD sie zusammensammeln und daraus eine einigermaßen politisch brauchbare Waffe schmieden kann.

Ein ungetrübter Blick auf das deutsche Wahlergebnis zeigt deshalb: Die politische Landschaft ist trotz Corona unverändert, ja erstaunlich stabil. Die Opposition



«Wahlpolitisch hat die Opposition gegen Corona keine Chance.»

gegen die Massnahmen wirkt sich wahlpolitisch kaum aus, dafür ist sie viel zu uneinheitlich, zu unklar, zu wenig koordiniert.

Das Gleiche dürfte auch für die kleinere, aber politisch verwandte Schweiz gelten. Hierzulande versuchen sich jetzt vor allem SVP und

FDP – aber dann und wann auch die Mitte – in einem zumindest verbalen Oppositionskurs gegen die Corona-Massnahmen von Bund und Kantonen. Aber wahlpolitisch hat ausser zwei, drei Sitzgewinnen für die SVP – aber nicht für die FDP – im Wallis und in Solothurn bisher nichts herausgeschaut. Dafür ist eben auch die schweizerische Opposition viel zu wenig koordiniert, viel zu wenig einheitlich, viel zu wenig raffiniert. Statt gezielt und koordiniert einzelne wirklich unsinnige Massnahmen des Bundesrates wie die Schliessung der Skiterrassen oder die «Maskierung» bei TV-Interviews von Politikern und Sportlern im Freien anzugehen, ergeht man sich in allgemeinen Philosophieren über Bund und Kantone, über Bundesrat und Parlament. Oder man haut verbal daneben, zieht unziemliche Vergleiche mit Diktaturen in Weissrussland oder gar Burma und bietet dem Gegner riesige Angriffsflächen. Hätte jemand gesagt, Alain Berset habe diktatoriale Allüren, männiglich hätte unterschrieben.

Aber eine Diktatur? Die Fernseh-auftritte vor allem einiger SVP-Exponenten haben deutlich gemacht: Die SVP begreift Corona wie eine «normale» politische Frage, wie eine Mehrwert-Steuervorlage, wie das Rahmenabkommen, wie den Strassenbau, wie eine AHV-Revision. Aber Corona ist eben leider weit mehr als dies alles, Corona ist eine gefährliche Krankheit.

HANSMARTIN SCHMID, Dr. phil., ist nach 30 Jahren Print- und 20 Jahren Fernseh-Journalismus seit 1998 für das BT als Kolumnist tätig.

LICHTBLICK Corina Egli, Felsberg

Wir nehmen es «patgific»!

